



Rassismus in Deutschland alarmiert nicht nur die UNO

Wir haben an dieser Stelle schon oft über den wachsenden Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Flüchtlinge, Obdach-/ Arbeitslose, ... und sozialen Ausschluss geschrieben und Stellung bezogen.

Der Antirassismus-Ausschuss der UN veröffentlichte Mitte Mai seinen Bericht zu Deutschland: *"Der Ausschuss ist sehr besorgt über die Zunahme und Ausbreitung rassistischen Gedankenguts durch gewisse politische Parteien und Bewegungen"* und kritisiert auch die staatlichen „Pannen“ bei den NSU-Morden und deren „Aufklärung“.

Dass genau in diesen Tagen auch ein Fall von Folter durch einen Bundespolizisten in Hannover an mindestens zwei Flüchtlingen bekannt wurde, zeigt erneut, wie auch hier zum wiederholten Male eine Verharmlosung stattfindet. So wird dies als ein trauriger Einzelfall hingestellt und das Umfeld, das solche Taten deckt und dabei mitmacht, nicht beachtet. Denn das Problem ist strukturell, sowie weit und tief in der Gesellschaft und den Institutionen verwurzelt.

Die AntiRa-Initiative Berlin hat die unzähligen „Einzelfälle“ des staatlichen Rassismus dokumentiert, wie z. B. Oury Jalloh, der in in einer Gefängniszelle verbrannte und das Feuer trotz Vollfixierung selbst entfacht haben soll.

Diese Fälle machen deutlich, dass eben nicht lediglich ein kleiner rechter Rand rassistisch ist - der scheinbar nichts mit der 'Mitte der Gesellschaft' zu tun hat – sondern gerade auch die sogenannte Mitte durchzogen ist mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und sozialer Ausgrenzung. Und hierbei führt es zu kurz, lediglich Pegida, AFD und Co. in Blick zu nehmen:

"Unsere Grenzen sind derzeit zu durchlässig (...) wir hätten Albanien und das Kosovo im vergangenen Jahr in einem Zug mit Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftsländern deklarieren können", so Bilkay Öney (SPD) die laut ihrer Berufsbezeichnung für die Integration in Baden-Württemberg und vermutlich hauptsächlich nicht für den Grenzschutz und Wachdienst an der Festung Europa und für den Ausbau des europäischen Grenzregimes zuständig ist.

„Je stärker der Vollzug [von Abschiebungen] ist, desto mehr abgelehnte Asylbewerber gehen auch freiwillig“, so Bayerns Innenminister Herrmann (CSU). Dem voraus ging Seehofer (CSU), der 2011 in die Kameras schrie, er werde „bis zur letzten Patrone“ gegen die 'Zuwanderung in die Sozialsysteme' kämpfen.

Es sei *“vor allem notwendig, dass die Verfahren beschleunigt werden, dass heißt, dass die, die kein Recht auf Asyl bekommen, dass wir die auch zurückführen können, schneller, damit für die, die es tatsächlich benötigen, auch der notwendige Platz da ist.”*, so der Ministerpräsident Kretschmann (Grüne), der mit seinem „Asylkompromiss“ Flüchtlingsrechte zur Verhandlungsmasse und Länder einfach mal zu sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ gemacht hat. Damit bedient er sich des Rechtspopulismus und spielt mit einer "das-Boot-ist-voll"-Rhetorik Flüchtlingsgruppen gegeneinander aus, um Politik gegen Roma zu machen, die weiterhin nicht sicher sind und massiv diskriminiert werden.

Grenzen öffnen für Menschen - Grenzen schließen für Waffen! Fluchtursachen, nicht Fluchthelfer bekämpfen!

Nicht nur Flüchtlinge, sondern auch andere Menschen werden wieder in nützliche (FacharbeiterInnen oder Billiglohnkräfte) und überflüssige („SozialschmarotzerInnen“) eingeteilt. Der Tod von Flüchtlingen im Mittelmeer wird nicht nur in Kauf genommen, als Lösung soll das Militär dafür sorgen, dass Menschen gar nicht erst die Flucht wagen, oder die Flucht noch teurer wird.

Flucht beginnt hier!

Statt der vom Westen verursachten Fluchtgründe (koloniales Erbe, Freihandelsabkommen, ... unsere Form des Wirtschaftens insgesamt), werden die Flüchtlinge bekämpft. Auf humanitäre und vor allem ökonomische und politische Krisen wird mit Militär geantwortet.

Waffen in alle Welt schicken (BaWü ist ganz vorne mit dabei), aber von den Folgen nichts wissen wollen...

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!
www.rechtaufstadt-freiburg.de

„RECHT-AUF-STADT“-NEWSLETTER

Mit unserem RaS-Newsletter informieren wir 2-3 mal im Monat über „Recht auf Stadt“ Themen. Wer Infos will, einfach Email an info@rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE:

- 5. - 7.06. | 22 Jahre SUSI-fest | SUSI (Vaubanalle 2-8)
- 9.06. 19 Uhr | Treffen des Freiburger Forums | Rasthaus
- 12.06. 20.30 Uhr | Recht auf Stadt – Netzwerktreffen (Mietshäuser-Syndikatsbüro, Adlerstr. 12)
- 18.06. 19 Uhr | Diskriminierung von Roma in Serbien | PH (Littenweiler) – KH 5 Raum 103



[FR] SOZIALWOHNUNGEN BLEIBEN LÄNGER ERHALTEN

Der grüne marktradikale Oberbürgermeister Salomon hat sich dem Druck beugen müssen. Die Stadtverwaltung hat beschlossen die soziale Bindung von 532 Sozialwohnungen, die in den nächsten Jahren ausgelaufen wäre, um weitere 15 Jahre zu verlängern. Die Stadt nimmt damit endlich das Landeswohnraumförderprogramm in Anspruch. Da die Miethöhe bei diesem Programm um 33 Prozent unter der Mietspiegelmiete bleiben muss, die auf Profit getrimmte Stadtbau mit ihren Sozialmieten aber nur 15 Prozent unter dem Mietspiegel liegt, wird die Miete bei diesen Wohnungen nun sinken. Die Möglichkeit, auf das Förderprogramm zurückzugreifen und längere Sozialbindungen zu erlassen, sollen auch andere Bauträger und Wohnungsgenossenschaften haben.

KEIN VERKAUF NACH DEM HÖCHSTBIETERVERFAHREN MEHR!

Durch den Druck des Bündnisses Stadt von Unten, konnte in Berlin Kreuzberg der Verkauf eines ehemaligen Kasernengeländes vorerst verhindert werden. Der Bund mit seiner Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wollte eines der letzten großen Filetstücke in der Innenstadt, an den höchstbietenden Interessenten für 36 Millionen Euro verkaufen. Bezahlbarer Wohnraum und weniger profitorientierte Kultur hätten kaum eine Chance gehabt. Doch der Bundesrat legte das Geschäft nach einer Protestkampagne auf Eis. 13 von 16 Ländern forderten im Finanzausschuss des Bundesrates eine Änderung der BimA-Politik, Objekte, ohne bspw. soziale Kriterien zu beachten, höchstbietend zu verkaufen. Das Bündnis Stadt von Unten setzt sich für ein Modellprojekt in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und auch Modellen wie dem Mietshäusersyndikat ein. Neben einer auch gewerblichen Nutzung soll ein Modell eines neuen kommunalen Wohnungsbaus mit MieterInnenmitbestimmung und wirklich sozialen Mieten entstehen. Das Konzept ähnelt dem der Initiative Stadtquartier Schildacker in Freiburg, das zusätzlich noch ein Zusammenleben mit Geflüchteten plante, aber den Plänen für das Sammellager LEA weichen musste.

[FR] HAUSBESETZUNG IN HASLACH

Im Rahmen der RAK/Recht auf Stadt Aktionstage wurde in Freiburg seit Längerem mal wieder ein Haus besetzt. Das Haus in der Markgrafenstraße 52 stand zuvor ein knappes halbes Jahr leer. Den vorherigen BewohnerInnen war gekündigt worden. Das Haus wurde von einem Maklerbüro gekauft und wird nun abgerissen. *"Solange die kapitalistische Verwertungslogik das bestimmende Prinzip dieser Gesellschaft ist, werden die realen Bedürfnisse der Menschen immer dem Finanziellen untergeordnet."*

Wir finden diesen Zustand untragbar und sehen uns gezwungen weiterhin zu besetzen"; so die Gruppe 5 in einer Mitteilung. Am Morgen nach der Besetzung räumte die Polizei das Haus und nahm 8 Personen fest.

[FR] 5 JAHRE GARTENSTRASSE 19

Das besetzte Haus in der Gartenstraße 19 in Freiburg feierte im April seine fünfjährige Besetzung. Es beherbergt z.B. eine Selbsthilfefahrradwerkstatt, einen Verteilpunkt der „Lebensmittelretter“, einen Umsonstladen, bei dem es kostenlos Kleidung gibt, und einen Infoladen.

HOMOPHOBIE IN FREIBURG

Im Freiburger Bermudadreieck wurde im April ein homosexuelles Paar Opfer eines homophoben Übergriffs. Der Täter schrie zuerst "ihr Schwuchteln!" und schlug dem Opfer dann so in Gesicht, dass es mehrere Brüche im Gesicht davon trug und operiert werden musste. Die Freiburger Christopher-Street-Day-Gruppe kommentierte das Geschehen in einer Pressemitteilung: *"Und wieder einmal ein homofeindlicher Übergriff in Freiburg. Leide gehören Ausgrenzung und Gewalt auch in Freiburg zum Erfahrungshorizont vieler Homosexueller. Wir sind traurig darüber, dass es offenbar nicht für alle Menschen in Freiburg möglich ist Liebe und Zuneigung für einen anderen auch im öffentlichen Raum zeigen zu können."*

ENGLAND/ WALES: MEHR ZWANGSRÄUMUNGEN

In den ersten drei Monaten wurden in England und Wales mehr als 11.000 Familien aus ihren Wohnungen und Häusern vertrieben. Das stellt einen Anstieg von 8% gegenüber dem Vorjahr dar. 2014 fanden fast 42.000 Zwangsräumungen statt.

[FR] KEIN SOZIALTICKET

Wieder einmal hat eine klare Mehrheit des Freiburger Gemeinderats gegen die Einführung eines Sozialtickets gestimmt. Die Initiative der Unabhängigen Listen, der sich zahlreiche Gruppen angeschlossen hatten, sollte Menschen mit geringem Einkommen und Hartz IV endlich die Möglichkeit geben, das Recht auf Mobilität besser wahrnehmen zu können. Maria Viethen (Grüne) allerdings ist der Auffassung, dass in Freiburg ohnehin alle Wege per Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt werden könnten.

[FR] WACKELT ZUSTIMMUNG ZUR LEA?

Die Pläne, auf dem Gelände der derzeitigen Landespolizeiakademie ab 2017 nicht nur eine Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) einzurichten, sondern gleichzeitig auch eine Finanzschule des Landes unterzubringen, sorgen auch bei der SPD für Unmut. So erklärte Julien Bender (SPD): *"LEA ganz oder gar nicht: Wenn nun lediglich die Hälfte der Fläche zur Verfügung stehen soll, dann ändert das die*

Geschäftsgrundlage. Das ist für uns keine Option! Ausreichend Platz ist eine der Grundlagen für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen". Dass die LEA auch ohne die jüngsten Pläne geradezu sinnbildlich für die systematische Ausgrenzung von Geflüchteten steht, störte die Freiburger Parteien bisher allerdings nicht: Fingerabdrücke abgeben, Polizeistelle auf dem Gelände, Residenzpflicht, Sach- statt Geldleistungen, kein Recht sich politisch zu betätigen, Abschottung gegenüber dem "Rest der Gesellschaft" etc.

ÖSTERREICH: DORF GEGEN ABSCHIEBUNG

Das 3.000-EinwohnerInnen-Dorf Alberschwende im Bregenzerwald wehrt sich gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. In einem von BürgerInnen verfassten Manifest, das von der ÖVP- Bürgermeisterin und auch der örtlichen Pfarrei unterzeichnet wurde, heißt es zu drohenden Abschiebungen: *"Bei uns im Dorf wird dieses sinnlose und erneute Herausreißen von Schutzbedürftigen aus dem sozialen Konext als Unrecht, als Anschlag auf die Menschlichkeit, als Angriff auf unsere Bemühungen empfunden."*

Alberschwende tut als Dorf und Gemeinschaft, worum wir gebeten wurden: Jenen, die uns anvertraut wurden, Unterkunft und Integration zu bieten; ihnen durch dörfliche Aktivitäten sozialen Rückhalt zu geben, aber sich auch schützend vor sie zu stellen, wenn die Situation dies erfordert."

Wir sind nicht mehr gewillt, uns gleichgültig den "Achselzuckern" anzuschließen."

Da Schutz und Sicherheit durch die unmenschliche Abschiebepaxis nicht gewährleistet ist, sehen wir uns bei "Rückführungen" in Länder wie Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Italien berufen unsere Asylbewerber auch gegen die Bundesbehörden zu schützen. Die Gemeinschaft von Alberschwende stellt sich dem Bruch von Grundrechten entgegen. Es ist unser Recht, ja unsere staatsbürgerliche Pflicht, solches Unrecht zu verhindern."

Wenn der Status "Bundesasyl" nicht mehr vor Unmenschlichkeit schützt, dann tun wir dies mittels "Gemeindeasyl" - konsequent und nachhaltig."

